

Von der Verwaltung:

Herr Dr. Manfred Richter	Stadtplanungsamt	(bis 20:05 Uhr)
Herrn Sven Burghardt	Dez. II - Soziale Stadterneuerung -	
Frau Birgit Hildebrand	Büro für Frauen- und Gleichberechtigungsfragen	(bis 18:15 Uhr)

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Simone Benz	Schriftführerin
------------------	-----------------

Gäste/Sachverständige:

Frau Lena Grizan	Bundesagentur für Arbeit	(bis 19:45 Uhr)
Rainer Pauli	Technischer Leiter Wohnbau Gießen GmbH	(bis 20:05 Uhr)

Entschuldigt:

Herr Jürgen Becker	CDU-Fraktion
Herr Gerhard Greilich	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ewa Wenig	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Elke Victor	FW-Fraktion

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, bittet, TOP 3 der Tagesordnung - *Aktionsplan Chancengleichheit für die Stadt Gießen, Antrag des Magistrats vom 29.06.2015, STV/2757/2015* - von der Tagesordnung zu nehmen und in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu behandeln, da Frau Stibane, Beauftragte für Frauen- und Gleichberechtigungsfragen, zur Zeit im Urlaub sei und an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen könne.

Der Bitte auf Vertagung wird einstimmig zugestimmt.

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, beantragt TOP 8 - *Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hermann Schlosser, Antrag der Die Linke. Fraktion vom 13.09.2015, STV/2912/2015* - zuständigkeitshalber an den Haupt- Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss zu verweisen.

Dem wird einstimmig zugestimmt. (Ja: SPD, GR; StE: CDU)

Stv. Janitzki, LB/BLG, bittet TOP 7 – *Bauvorhaben in der Fuldastraße, Antrag der Fraktion LB/BLG vom 11.09.2015, STV/2906/2115* - in der Tagesordnung vorzuziehen und

nach TOP 4 – *Sanierung des Flussstraßenviertels; hier: Bericht des Magistrats* - zu behandeln, da die beiden Punkte thematisch im Zusammenhang stehen.

Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Tagesordnung wird in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Bürger/-innenfragestunde
- 1.1. Anfrage gem. § 31 GO des Herrn Aman vom 08.09.2015 - Straßensozialarbeit in der Gießener Innenstadt - ANF/2902/2015
2. Vorstellung des Projektes "Stille Reserve" durch Frau Grizan, Bundesagentur für Arbeit
3. Aktionsplan Chancengleichheit für die Stadt Gießen - Antrag des Magistrats vom 29.06.2015 - STV/2757/2015
4. Sanierung des Flussstraßenviertels;
hier: Bericht des Magistrats
5. Bauvorhaben in der Fuldastraße - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 11.09.2015 - STV/2906/2015
6. Informationsbroschüre für Sach- und Geldspenden - Antrag der FW-Fraktion vom 01.09.2015 - STV/2892/2015
7. Ergebnisse des Prüfantrages auf Einrichtung einer Wohnungsvermittlungsstelle - Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 08.09.2015 - STV/2903/2015
8. Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hermann Schlosser - Antrag der Die Linke.Fraktion vom 13.09.2015 - STV/2912/2015
9. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

1.1. Anfrage gem. § 31 GO des Herrn Aman vom 08.09.2015 ANF/2902/2015 - Straßensozialarbeit in der Gießener Innenstadt -

Anfrage:

„Meine Fragestellung, die ich an Sie richten möchte bezieht sich auf eine Pressemitteilung einer Gießener Zeitung vom 08.07.2015. Der Artikel bezieht sich auf die Straßensozialarbeit in der Gießener Innenstadt und rund um den Marktplatz.

Dem Artikel ist zu entnehmen, dass Frau Sabine Thiele und Frau Sarah von Trott, beide Sozialarbeiterinnen des Diakonischen Werks, insgesamt 25 Stunden wöchentlich pro aktiv ‚auf der Straße‘ mit ihrem Klientel aktiv sind.

Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, dass diese Arbeit überhaupt statt findet, dennoch bin ich der Ansicht, dass diese Stundenanzahl nur der berühmte ‚Tropfen auf den heißen Stein ist‘.

Um wirklich auch präventiv arbeiten zu können und den Menschen zu helfen, braucht es ein höheres Kontingent an Straßensozialarbeiter/-innen und eine höhere Stundenanzahl der jeweiligen Personen.

Deshalb frage ich Sie, Frau Oberbürgermeisterin, ob Sie meine Ansicht teilen, dass die derzeitige Stundenzahl nur ein Anfang sein kann, und weshalb bisher keine Steigerung der Stundenzahl statt gefunden hat und ob es nicht aus pädagogischen Erwägungen sinnvoll wäre, einen zusätzlichen männlichen Sozialarbeiter einstellen?“

Die Antwort von Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

2. Vorstellung des Projektes "Stille Reserve" durch Frau Grizan, Bundesagentur für Arbeit

Frau Grizan, Agentur für Arbeit, stellt das Projekt „Stille Reserve“ vor und wirbt um Unterstützung.

Das Projekt richtet sich an alle Frauen und Männer, die weder in der Arbeitsagentur noch im Jobcenter gemeldet sind. Es spricht alle an, die sich durch persönliche Umstände und Ursachen vom Arbeitsmarkt zurückgezogen haben. Ziel dieses Projektes ist der Einstieg in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.

Stadträtin Eibelshäuser sagt die grundsätzliche Bereitschaft des Magistrats zu,

das Projekt zu unterstützen. Über die Art und Weise der Unterstützung müsse noch verhandelt werden.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich die Stv. Sator, Bietz und Dr. Greilich.

3. Aktionsplan Chancengleichheit für die Stadt Gießen **STV/2757/2015**
- Antrag des Magistrats vom 29.06.2015 -

Antrag:

„Der ‚Aktionsplan Chancengleichheit‘ wird beschlossen.“

Beratungsergebnis: Zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

4. Sanierung des Flussstraßenviertels;
hier: Bericht des Magistrats

Herr Dr. Hölscher und Herr Burghardt informieren die Ausschussmitglieder anhand einer Power Point Präsentation über die geplante Sanierung des Flussstraßenviertels.

Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt.

Herr Thies, Geschäftsführer Wohnbau Gießen GmbH, erläutert die besondere Situation des Flussstraßenviertels von Seiten der Wohnbau.

5. Bauvorhaben in der Fuldastraße **STV/2906/2015**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen
vom 11.09.2015 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung bittet den Magistrat, sich dafür einzusetzen, dass beim geplanten Bauvorhaben der Wohnbau GmbH in der Fuldastraße mindestens die Hälfte der Wohnungen einen Mietpreis haben wird, der den KdU-Richtlinien des Jobcenters entspricht, und dass diese Wohnungen nur von diesem Personenkreis bezogen werden darf.“

Begründung:

Das Bauvorhaben mit 24 Wohnungen in der Fuldastraße wird die erste Maßnahme des Sanierungsprojektes Flussstraßenviertel sein. Es hat somit einen gewissen Modellcharakter, von dem eine Signalwirkung ausgehen kann - wie Herr Dr. Richter vom Stadtplanungsamt zutreffend beim letzten Runden Tisch festgestellt hat. Damit ein positives Signal ausgehen wird, müssen auch Menschen mit niedrigen

Einkommen in die Lage gebracht werden, diese neuen Wohnungen bezahlen zu können.

Die Wohnbau geht aber bei größtmöglicher Förderkulisse für diese Wohnungen trotzdem von einem zukünftigen Mietpreis von etwa 6,50 Euro pro m² aus. Damit hätte vermutlich die Hälfte der Menschen im Viertel keinen Zugang zu diesen Wohnungen, weil nach den KdU-Richtlinien maximal 5,40 Euro pro m² für einen Ein-Personen-Haushalt als ein angemessener Mietpreis gelten.

Die zusätzlichen Kosten dafür sind m. E. für die Wohnbau oder für die Stadt erschwinglich. Denn nach Auskunft des Magistrats auf meine Frage in der letzten Stadtverordnetenversammlung würden für die Senkung des Mietpreises von 6,50 auf 5,40 Euro pro m² ungefähr 10 000 Euro weitere Kosten pro Wohneinheit entstehen. Die 120 000 Euro für insgesamt 12 Wohnungen sind finanzierbar, wenn man es wirklich will.

Stv. Janitzki, Fraktion LB/BLG, begründet den Antrag.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, vertritt die Auffassung, die KdU-Richtlinien (Kosten der Unterkunft) des Job-Centers müssen angepasst werden. Er bittet den Magistrat nachdrücklich, sich beim Landkreis Gießen dafür einzusetzen, dass hier etwas geschehe.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen macht deutlich, es gehe hier (Flussstraßenviertel) um einen Prozess für die nächsten 25 Jahre. Man müsse das Gesamtkonzept sehen und nicht einzelne Maßnahmen.

An der weiteren Aussprache beteiligen sich die Stv. Bietz, Kräske und Janitzki.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.

**6. Informationsbroschüre für Sach- und Geldspenden
- Antrag der FW-Fraktion vom 01.09.2015 -**

STV/2892/2015

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, für die Stadt Gießen in Zusammenarbeit mit den sozialen und kirchlichen Trägern, sowie mit sonstigen sozialen Vereinen eine Informationsbroschüre herauszugeben, aus der die Möglichkeiten für Sach- und Geldspenden an Flüchtlinge und sonstige Bedürftige ersichtlich ist.“

Begründung:

Viele Gießener Bürgerinnen und Bürger würden gerne Sach- und Geldspenden für Flüchtlinge oder andere Bedürftige zur Verfügung stellen, wissen aber nicht, an wen man sich wenden kann.

Gerade die Möglichkeit für Kinderspielzeug und Bekleidung für Flüchtlingsfamilien wurde stark nachgefragt. Dabei geht es darum, dass die Sach- und Geldspenden für Flüchtlinge und Bedürftige in Gießen zur Verfügung gestellt werden, und nicht anderweitig von Institutionen und Vereinen verwendet werden. Hier sollte durch die

Stadt Gießen in Koordination mit den sonstigen sozialen Einrichtungen, Verbänden, Kirchen usw. eine entsprechende Informationsbroschüre herausgegeben werden.

Stadträtin Eibelshäuser macht deutlich, eine wie im Antrag geforderte Broschüre wäre bereits unmittelbar nach dem sie gedruckt wurde nicht mehr aktuell.

Beratungsergebnis: Einstimmig abgelehnt.

7. Ergebnisse des Prüfantrages auf Einrichtung einer Wohnungsvermittlungsstelle **STV/2903/2015**
- Antrag der Fraktion Linkes Bündnis/Bürgerliste Gießen vom 08.09.2015 -

Antrag:

„Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, umgehend seine Ergebnisse des am 10.04.2014 beschlossenen Prüfantrages auf Einrichtung einer Wohnungsvermittlungsstelle vorzulegen.“

Begründung:

Der genaue Prüfauftrag lautete, „ob und in welcher Trägerschaft in der Stadt Gießen eine zentrale Wohnberatungs- und Vermittlungsstelle eingerichtet werden kann.“

Seit dem einstimmigen Beschluss sind fast eineinhalb Jahre vergangen. Zu lange, um noch von notwendigem und dem Auftrag angemessenem Zeitaufwand zu sprechen. Zumal die Forderung nach einer Wohnungsvermittlungsstelle nicht neu für den Magistrat war. Sie war auch eine der dringenden Handlungsempfehlungen im Altenhilfeplan, der im März 2013 fortgeschrieben und ebenfalls einstimmig von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erklärt, eine Antwort sei „unterwegs“, sie werde den Fraktionen in den nächsten Tagen zugehen. Der Prozess „Wohnraumversorgungskonzept“ sei sehr komplex und noch nicht abgeschlossen.

Stv. Janitzki, LB/BLG, kritisiert, der Magistrat versuche auf Zeit zu spielen. Er vertritt die Auffassung, dadurch, dass lange überfällige soziale Maßnahmen nicht umgesetzt werden, liefere der Magistrat diejenigen Argumente, die behaupten, Flüchtlinge würden bei Sozialleistungen Deutschen gegenüber bevorzugt.

Stv. Grothe, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, macht deutlich, Stv. Janitzki müsse aufpassen, mit solchen Äußerungen rechten Kräften nicht selbst Argumente zu liefern.

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, äußert, wenn man so agiere, sei dies Angstschürerei und man spiele dem Gegner in die Hände.

Da die Antwort des Magistrats in den nächsten Tagen vorliege, halte sie den Antrag für erledigt.

Stv. Sator, CDU-Fraktion, teilt diese Auffassung.

Stv. Janitzki entgegnet, ihm werde das Wort im Mund herumgedreht und dies sei bezeichnend. Er versuche durch seine politische Arbeit schon seit 10 Jahren dazu beizutragen, dass sich soziale Missstände nicht weiter aufbauen.

Beratungsergebnis:

Nichtteilnahme aller stimmberechtigter Fraktionen an der Abstimmung.

8. Aberkennung der Ehrenbürgerschaft von Hermann Schlosser **STV/2912/2015**
- Antrag der Die Linke.Fraktion vom 13.09.2015 -

Antrag:

„Die 1965 an den Faschisten und Kriegsverbrecher Hermann Schlosser verliehene Ehrenbürgerschaft der Stadt Gießen wird sofort zurückgezogen.“

Begründung:

Schlosser war während des Faschismus Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Gold- und Silber-Scheideanstalt, Degussa, die sich millionenfach bereicherte, indem sie geraubten Schmuck und Zahngold aus den KZ's der Nazis aufkaufte und einschmolz. Gleichzeitig produzierte die Degussa-Tochter Degesch das Zynklon B für die Gaskammern der Vernichtungslager. Allein in den Jahren 1942/43 wurden 20 Tonnen nach Auschwitz geliefert.

Schlosser war „Wehrwirtschaftsführer“ der Nazis, Produktionsbeauftragter für die chemische Industrie des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion und stand auf der Kriegsverbrecherliste der USA.

Die damals genannte großzügige finanzielle Unterstützung beim Wiederaufbau des Stadtkirchenturms, seine Verdienste in der städtischen Sozialpolitik und für seine frühere Schule, das Landgraf-Ludwig-Gymnasium durch Schlosser, dürfen nicht über seine Verbrechen hinwegtäuschen.

Beratungsergebnis:

Zu Beginn der Sitzung an den HFWRE-Ausschuss verwiesen.

9. Verschiedenes

Stv. Bietz, SPD-Fraktion, schlägt vor, zur nächsten Ausschusssitzung eine

Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter des Jugendamtes einzuladen, der die Ausschussmitglieder über Änderungen im Kita-Bereich informiert.

Die übrigen Ausschussmitglieder signalisieren ihre Zustimmung.

Vorsitzender teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses am 04.11.2015, 18:00 Uhr stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) K r i e g e r

(gez.) B e n z